Fernsprech-Anschluß
11 Amt., 582 Amt.-Dresden.

Abonnement vierteljährlich M. 2,50, durch die Post M. 3,75. — Inserate Dreikönigs, 12 vor Nachmittags, 3 Uhr, Montags bis 12 Mitt. Zur Neuahd: Sr. Kleberg, 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachm. Die 1spaltige Petitzeile 8 Silben 15 Pfg. Unter Eingesandt Zeile 30 Pfg. Eine Garantie für das rechtzeitige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben. Auswärtige Inseraten-Aufträge gegen Einsendung durch Briefmarken oder Postanweisung 8 Silben 15 Pfg. Inserate für Montag oder nach Festtagen Petitzeile 20 Pfg. Inserate nehmen an: Annoncen-Bureau von Haasenstein u. Vogler, Rud. Mosse, Leipzig u. Ge., Invalidendank, G. Müller-Berlin, M. Kietz-Magdeburg, J. Barck-Halle, R. Arndt-Berlin W., A. Scherl-Hamburg, Plotz-Leipzig. Die Rückgabe einzel. Manuskripte keine Verbindlichkeit.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Geschäfts- und Contobücher
eigener Fabrikat,
als:
Hauptbücher, Strazzen, Cassabücher, Memoriale, Facturenbücher, Beibücher, Copirbücher und Wechselcopirbücher.
J. Bargou Söhne,
Dresden,
Wilsdrufferstrasse 21b u. Sophienstrasse 6 am Postplatz.

Erste Dresdner
Electrische Heilanstalt
für Gicht-, Nerven-, Rückenmarkskranke und Gelähmte etc.
Markgrafenstrasse 39, I.
Ausführliche Prospecte gratis und franco.
Dr. med. Schwarz. G. Leibscher, Physiker.

Für die Dresdner Nachr., sowie für alle Blätter der Welt nimmt zu tarifmäßigen Preisen Inserate an die
erste und älteste Annoncen-Expedition
Haasenstein & Vogler, Dresden.
Wirksame Abfassung der Annonce, diskrete Entgegennahme und Weiterbeförderung der Offert-Briefe gratis.

Soeben traf ein:
Meyer's Conversationslexikon
1. Heft. Preis 50 Pf.
Königl. Hofbuchhandlung von H. Burdach,
18 Schloss-Strasse 18.

Prof. Dr. Jäger's Herren-Tricot-Anzugstoffe werden meterweise abgegeben Meter von 12 Mk. an.
Osc. Lehmann,
Schloss-Strasse 21.

Nr. 70. 30. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl.

Aussichten für den 11. März: Mäßiger Nordwind, ziemlich heiter, keine oder geringe Niederschläge, Nachtfrost.

Dresden, 1885. **Mittwoch, 11. März.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Man durfte gespannt sein, welchen Eindruck das parlamentarische Rede-Duell Granville-Bismarck und die Sendung des Grafen Herbert nach London auf die Franzosen machen würde. Denn der letzte Grund, weshalb Lord Granville den Fürsten Bismarck wahrheitswidrig beschuldigt hatte, die Engländer zur Annexion Egyptens aufgefordert zu haben, war doch, die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland zu vergiften. Frankreich kann, seiner ganzen geschichtlichen Tradition nach und zufolge seiner wichtigen materiellen Interessen, nimmermehr darein willigen, daß Egypten ein integrirender Bestandtheil des britischen Weltreiches, eine englische Domaine werde. Wer England dazu auffordert, ermuntert oder darin unterstützt, Egypten einzustecken, der schädigt damit Frankreich aufs Empfindlichste, gegen Den richtet sich das Nationalgefühl der Franzosen, Den werden sie, er mag was sonst immer für sie Freundliches thun, mit berechtigtem Mißtrauen betrachten. Auf diese unanfechtbaren Sätze baute Lord Granville. Er handelte damit nur nach dem Recepte altenglischer Ueberlieferungen. Es war stets der Grundsatz der englischen Politik, zwischen den Continentalstaaten Zwiespalt zu stiften, sie gegen einander zu hetzen, um aus ihrer Uneinigkeit Handelsvortheile zu ziehen. Nichts ist der englischen Politik verhaßter, als die Einigkeit der Festlandstaaten; denn sie richtet sich folgerichtig gegen das Handels-Monopol ihres Inselreiches. Es gelang denn auch der schlau berechnenden Politik Englands, aus dem Friedensbunde der Festlandsmächte Italien durch Anbietung von Sondervortheilen wegzulocken. Entfremdete England dem Friedensbunde auch noch Frankreich, so ging Europa schweren Erschütterungen und statt einer langen Reihe von Friedensjahren ungewissen Verwickelungen entgegen. Lord Granville calculirte daher, daß von der Verleumdung Bismarck's allemal Etwas bei den Franzosen hängen bleiben müsse; ihr Mißtrauen gegen die Aufrichtigkeit der deutschen Friedenspolitik einmal erweckt, werde nicht wieder schwinden. Bei solchem Sachverhalt mußte Bismarck reine Wirthschaft machen. Es ist ihm denn auch gelungen, das Herausreißen des Grundsteins seiner Friedenspolitik: der Eintracht zwischen Frankreich und Deutschland, zu verhindern. Daß die französische Presse zunächst noch auf Bismarck loshackt, ändert daran Nichts. Die Pariser Zeitungen glauben, ihren Lesern es schuldig zu sein, Bismarcken immer wieder Etwas am Zeuge zu flicken. Sie thun es jetzt, indem sie voll Hohns von der Demüthigung Englands sprechen, Bismarck sei jetzt der wahre Minister Englands, dieses müsse ihm blindlings gehorchen und was dergleichen Phrasenwerk mehr ist. Es wird nicht lange dauern, dann wird auch bei den Franzosen die bessere Einsicht wieder zu Worte gelangen. Von dem angeblichen Anbieten Egyptens durch Bismarck an England ist ja Nichts übrig geblieben, als die 1882, wo die europäischen Verhältnisse sich durchaus noch nicht so wie jetzt konsolidirt hatten, gethane gelegentliche Aeußerung: Deutschland werde deshalb keinen Krieg mit England anfangen, wenn Letzteres Egypten einstecken wolle — richtiger sei es, England führe im Auftrage des Sultans in Egypten geordnete Zustände herbei. Darin liegt keine feindselige Gesinnung gegen Frankreich. Von England aber wollen wir uns das Jesuitenstückchen merken, durch Ohrenbläsereien zwischen uns und Frankreich Feindschaft zu säen und die Herstellung herzlicher Beziehungen zu hintertreiben. Alle Freundschaftsbetheuerungen und vielleicht auch kleine Gefälligkeiten, mit denen uns England in der nächsten Zeit überschütten wird, löschen die Erinnerung daran nicht aus. Täuschen wir uns überhaupt nicht: das handelsmonopolistische England ist von allen Festlandstaaten durch unüberbrückbare Interessengegensätze getrennt. Es fürchtet keine Kolonien so sehr wie die der Deutschen. Abgesehen von den Vereinigten Staaten Nordamerikas wandte sich die deutsche Auswanderung vorzugsweise in die englischen Kolonien und bewährte sich durch beständige Zufuhr neuen Lebensblutes als vorzüglicher Völkerdünger. Das wird in weitem Maße aufhören durch das Entstehen und Gedeihen eigner deutscher Kolonien. Wenn England dieser Entwickelung Hindernisse bereitet, so handelt es wie ein Kaufmann, der einem jüngeren, thatkräftigen Commis, der aus seinem Comptoir austritt und sich selbstständig macht, nicht als den gefährlichsten Konkurrenten aufkommen lassen will. Hat der junge Commis das Zeug dazu, so macht er sich aus diesen Hindernissen Nichts. John Bull darf versichert sein: der deutsche Michel hat dieses Zeug.

Zu einem Kriege zwischen England und Rußland wird es nicht kommen, wennschon der Streit wegen Afghanistan nicht sobald beigelegt wird. Es wird versichert, Lord Granville habe wegen dieser Streitfrage eine Art Ultimatum nach Petersburg gerichtet und zwar der Art, daß von der Erfüllung oder Ablehnung der englischen Forderungen Krieg oder Frieden abhänge. Rußland, das haben wir schon wiederholt ausgeführt, wird sich von England nicht einschüchtern lassen. Dasselbe ist eben nicht im Stande, seinen Drohungen Nachdruck zu verleihen. Weder sein Heer noch seine Flotte sind in einem Zustande, energisch Krieg führen zu können. Wohl vermöchte die englische Flotte dem russischen Seehandel Schaden zuzufügen, doch hat der letztere lange nicht die Bedeutung des englischen und diesem könnte ein halb Dutzend russischer Kreuzer ganz andere Wunden schlagen. An die Landung seiner Truppen in Rußland denkt England selbst nicht; es könnte versuchen, in Polen einen Aufstand anzuzetteln oder die Nihilisten zu ermuthigen. Das erstere wäre aussichtslos und zu dem letzteren würde sich, wie wir zu ihrer Ehre annehmen, kein englischer Staatsmann erniedrigen. Somit bliebe für England nur der Börsenkrieg gegen Rußland. Die Londoner Börse besitzt die Macht, die russischen Papiere zu werfen und den Kredit des Zarenreiches schwer zu schädigen; aber wenn die Börsen in Amsterdam, Berlin und Frankfurt dem entgegentreten, findet auch die Macht der Londoner Finanzwelt eine ziemliche Schranke. Kurz und gut: England hat keine Mittel, den russischen Annexionen mit Gewalt entgegenzutreten und sobald Rußland nur sich in gewissen Grenzen hält, wird die gegenwärtige Differenz sich ebenso sicher ruhig erledigen wie die früheren.

Den italienischen Ministern ist der Kamm gewaltig geschwollen, seitdem sie die Eisenbahn-Conventionen endlich in der Deputirtenkammer durchgesetzt haben. Das Königreich Italien überläßt nämlich, im schroffsten Gegensatze zu der Eisenbahnpolitik aller anderen Staaten, seine Staatsbahnen mehreren Privatgesellschaften zur Ausbeutung. Während sonst alle Staaten die Privateisenbahnen verstaatlichen, wandelt Italien seine Staatsbahnen in Privatunternehmungen um. Es behält sich lediglich das Eigenthumsrecht daran vor; den Betrieb aber führen Aktiengesellschaften. Es ist dies freilich das schlechteste System einer Eisenbahnpolitik; es liefert die vom Staate gebauten Verkehrsmittel an Privatpersonen aus, die natürlich nur nach möglichst hohen Dividenden jagen und die volkswirthschaftlichen Interessen hinter der Geldmacherei zurück stellen. Vergebens wies die Opposition das Gemeinschädliche dieses Vorhabens nach; hundert Sitzungen verwendete die Kammer auf die Berathung; die Regierung stieß hartnäckig jeden Antrag der Opposition zurück, die darauf ausging, wenigstens die schlimmsten Härten dieser Verträge zu beseitigen; sie stellte jedesmal die Vertrauensfrage und hat dann auch mindestens 10 Vertrauensvoten erhalten, stets mit etwa 70 Stimmen Mehrheit. Die letzte Abstimmung ergab ebenfalls eine Mehrheit für die Regierung, wenn auch nur mit 23 Stimmen. Der Grund, weshalb die Regierung auf der Durchsetzung der dem Lande so schädlichen Eisenbahnverträge bestand, ist darin zu suchen, daß die großen Aktiengesellschaften, die sich künftig aus dem Betriebe der Eisenbahnen bereichern, augenblicklich der Regierung jene Millionen zur Verfügung stellen, die sie für ihre kriegerischen Zwecke benöthigt und die ihr, wenn sie offen dazu gefordert würden, die Finanzwelt verweigert hätte.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 10. März.

Berlin. Reichstag. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Bebel gegenüber der gestrigen Erklärung des Prinzen Radziwill, daß sich der Fall mit dem angeschossenen Soldaten so verhalten habe, wie er am Donnerstag erzählt. Nur insofern sei ein unwesentlicher Irrthum unterlaufen, als der Prinz Radziwill, welcher den Soldaten auf der Jagd anschoß, nicht Hauptmann, sondern Leutnant sei. Der Angeschossene sei der jetzige Gärtnergehilfe Max Wolf. Er habe also von seiner Mittheilung vom Donnerstag nichts zurückzunehmen. Abg. Prinz Radziwill konstatirt nochmals, daß kein Prozeß gegen ein Mitglied seiner Familie schwebe und daß es ein eigenthümliches Verfahren sei, civilrechtliche Ansprüche früher im Reichstage anzumelden als bei dem Anzuklagenden selbst. Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten. Abg. Ackermann begründet vor leider schwach besetztem Hause seinen Antrag auf Einführung des Befähigungsnachweises in die Gewerbeordnung. Allerdings können die Innungen den Beitritt von Mitgliedern davon abhängig machen, daß ein Lehrschein und dergl. beigebracht werden; aber das genüge nicht, umsoweniger, als viele Gewerbtreibende von den Innungen noch immer nichts wissen wollten. Für viele Berufsarten werde eine Prüfung gefordert, nur das Handwerk kann von Jedem betrieben werden, auch wenn er nicht befähigt dazu ist. Wer keine Befähigung nachweisen muß, dessen Standesbewußtsein und Gemeingeist wird gehoben. Wollte man den Handwerkerstand erhalten, dieses so wichtige Glied unseres Volkslebens, so müsse man ihn vor der regellosen Konkurrenz schützen und sein Ansehen aufrecht erhalten. Es sei bedauerlich, daß die Sache bei uns durch die Parteibrille betrachtet werde; wir könnten in dieser Beziehung viel von dem österreichischen Abgeordnetenhause lernen, in welchem ein großer Theil der Linken für die neue Regelung der Handwerker-Organisation stimmte. Die Erfahrungen in Oesterreich widerlegten auch die gegen den Antrag erhobenen Einwendungen. Das Handwerk habe dort nicht den Todesstoß erhalten, obgleich man dort weiter gegangen, als der vorliegende Antrag gehe, im Gegentheil, es entwickele sich kräftig. Ackermann zieht den Theil des Antrages, der die Sonntags- und Nachtarbeit betrifft, zurück, da diese Frage schon in der Arbeiterschutzkommission zur Erledigung vorliege. Abg. Baumbach meint, die Anträge steuerten auf Zwangsinnungen hin und könnten deshalb bei der Linken niemals auf Annahme rechnen. Von einem Verfall des Handwerkes könne keine Rede sein, es handle sich nur um den Kampf der Groß- gegen die Kleinindustrie, indem letztere allerdings unterliegen müßte, wenn sie derselben in der bisherigen Weise weiter führe. Durch den Befähigungsnachweis werde das Handwerk unter Polizeiaufsicht gestellt. Biehl (Centrum) ist für den Antrag der Abschlagszahlung auf die obligatorischen Innungen. Der schrankenlosen Gewerbefreiheit sei ein Ziel zu setzen. Unter den Handwerkern gäbe es vielleicht mehr arme Männer als unter den Arbeitern. Böttcher (natlib.) erblickt in dem Befähigungsnachweis nur das Bestreben, die Konkurrenz nach Möglichkeit auszuschließen und damit würde man das Handwerk nur lähmen. Rheinbaben (Reichspartei) will kein Mittel unversucht gelassen wissen, um kräftige leistungsfähige Innungen zu schaffen. Er wünscht daher eine eingehende Prüfung des Antrages in der Kommission. Horn (Soz.) erklärt, der Antrag erschwere das Handwerk nur noch mehr. Die Innungen helfen dem Handwerker nichts. Hitze (Centrum) ist für den Antrag. Wenn sich die Innungen bewähren sollen, müßten sie mit den beantragten Rechten ausgestattet werden. Kleist-Retzow (kons.): Eine unbedingte unbeschränkte Gewerbefreiheit sei verbunden mit einer Vermehrung der Sozialdemokraten. Diese konservative Prophezeihung sei eingetroffen. Eine Besserung könne durch Hebung des Handwerkerstandes und Sicherung dessen Existenz folgen, weil dieser Stand die Aufgabe habe, die Kluft zwischen Arm und Reich auszufüllen. Dazu müsse der Korporationsgeist in ihnen lebendig gemacht werden. Durch den Antrag soll das Handwerk bewahrt werden vor einer Aussaugung durch das Kapital und Pfuscher und Unterdrückung durch die Industrie. Der Antrag wird an eine 21-gliedrige Kommission verwiesen.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus hielt heute die dritte Berathung des Staatshaushaltsetats. v. Minnigerode konstatirt, daß zur Besserung der Finanzen eine Vermehrung der Reichseinnahmen unerläßlich sei. Büchtemann und Rickert greift scharf die Finanzpolitik der Regierung an. Die ungünstige Finanzlage sei durch die Haltung der Konservativen in der Zuckersteuerfrage verschuldet worden. Die Börsensteuer werde den Erwartungen nicht entsprechen, dann bleibe blos das Tabakmonopol. Man werde aber nie einen Reichstag bekommen, der das Tabakmonopol bewilligt. Der Etat basire auf den schwankenden Einnahmen der Eisenbahnen. Die Zukunft sei unsicher gestellt. Die Minister Scholz und Maybach weisen diese Angriffe zurück. In den ersten Jahren des Verstaatlichungssystems seien große Fonds für Neubauten und Erweiterungen bei den Eisenbahnen verwendet worden, und damit sei die Zukunft sicher gestellt. Eine längere Debatte fand ferner bei dem Lotteriestat statt, da ein Antrag auf Verdoppelung der Loose wieder eingebracht war. Der Antrag wurde von Stengel (freikons.) und Reichensperger (Centrum) befürwortet. Eine Vermehrung der Loose sei das Sicherheitsventil gegen die Ausbreitung des unerlaubten Spiels. Reichensperger gestand, er habe auch in der Lotterie gespielt.

Braunschweig. Bei der Eröffnung des Landtages theilte Ministerpräsident Graf Görtz mit, daß seit Schluß des außerordentlichen Landtages am 17. Februar die Lage bezüglich der Thronfolge im Wesentlichen dieselbe geblieben sei. Bei der Landesregierung geschahen von keiner Seite Schritte, welche die Lage klären könnten, ob an anderer Stelle Schritte geschehen seien, darüber könne die Landesregierung keine Mittheilung machen.

London. „Daily Telegraph" spricht die Erwartung aus, daß das zwischen England und Deutschland hergestellte gute Einvernehmen sich bald in ein festes Bündniß verwandeln werde und empfiehlt, den Minister Sir Charles Dilke als außerordentlichen Botschafter nach Berlin zu senden, damit das vom Earl Granville und von dem Grafen Herbert v. Bismarck begonnene gute Werk zur Vollendung komme.

New-York. Der Präsident Barrios von Guatemala hat ein Dekret erlassen, Inhalts dessen die Union der Staaten von Centralamerika zu einer einzigen Republik erklärt wird. Barrios hat zu Verwirklichung dieses Planes den Oberbefehl über sämmtliche Truppen übernommen.

Frankfurt a. M., 10. März. Credit 259⅛. Staatsbahn —. Lombarden 114⅝. 6er Loose —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Goldrente 92⅝. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente 89⅞. 1er Russen —. 9er Russen —. 3. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanl. —. 5. Orientanleihe —. Ungar. Papierr. —. Türken 20,00. Egypter 68⅝. Gotth.-B. —. Türken —. Fest.

Wien, 10. März. Credit 303,80. Staatsbahn 307,20. Lombarden 139,70. Rechtsbeh. 294,00. Marknoten 60,17,5. Ung. Credit 312,00. Still.

Paris, 10. März. Schluß. Rente 82,37. Anleihe 110,17. Italiener 97,45. Staatsbahn 594,75. Lombarden 303,75. do. Prioritäten —. Egypter 395,00. Cons. Goldrente — Spanier 62,60. Ottomanen 617,60. Fest.

London, 10. März, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 98⅛. 1877er Russen 96. Italiener 95. Lombarden 11 15/16. Türken 18 1/16. 4% fund. Amerik. 125¼. 4% Ungar. Goldrente 80⅝. Oesterr. Goldrente —. Preußische Consols 102⅛. Egypter 67 1/16. Ottomanbank 14 7/16. Suez-Actien 85. — Stimmung: ruhig. — Wetter: Frost.

Breslau, 10. März, Nachm. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Liter 100 Proz. pr. April-Mai 42,70, pr. Juni-Juli 43,70, pr. Juli-August 44,70. Weizen pr. März 162,00. Roggen pr. April-Mai 144,00, pr. Juni-Juli 147,50, pr. Juli-August 148,50. Rüböl loco pr. März 50,50, pr. April-Mai 51, pr. Sept.-October 53,00. — Veränderlich.

Stettin, 10. März, Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Weizen fest, loco 154—164, pr. April-Mai 166,50, pr. Juni-Juli 171,50, pr. Sept.-October 179,00. Roggen fester, loco 134—139, pr. April-Mai 144,00, pr. Juni-Juli 146,50, pr. Sept.-Oct. 149,50. Rüböl unverändert, pr. April-Mai 49,50, pr. Sept.-Oct. 52. Spiritus unverändert, loco 41,50, pr. April-Mai 42,70, pr. Juni-Juli 44,50, pr. August-September 45,50. Petroleum loco 8,00.

Lokales und Sächsisches.

— Die sehr häufig zu offiziösen Kundgebungen benutzten „Polit. Nachr." in Berlin bestreiten sehr energisch, daß sich Se. Maj. der König Albert für die Thronbesteigung des Herzogs von Cumberland verwendet habe. Es heißt da: „Allerdings hat Herr Windthorst, in seiner Eigenschaft als Mandatar des Herzogs von Cumberland, Versuche gemacht, vom König von Sachsen empfangen zu werden. Zu einem solchen Empfange aber ist es nicht gekommen. Ebenso wenig ist der König von Sachsen auf das Anerbieten des Herrn Windthorst eingegangen, ihn mit den Verhandlungen wegen Uebernahme des dem König seitens des Herzogs von Braunschweig hinterlassenen schlesischen Grundbesitzes zu betrauen, hat vielmehr Allerhöchstseinen Hausmarschall Grafen v. Vitzthum zur Führung der einschlägigen Verhandlungen in Berlin bevollmächtigt."

— Der Geburtstag Sr. Majestät Kaiser Alexander III. von Rußland wurde gestern Vormittag in der hiesigen russischen Gesandtschaftskirche durch Meßgottesdienst mit Te Deum feierlich begangen. In dem festlich erleuchteten Gotteshause hatte sich außer einer großen Zahl hier aufhältlicher Unterthanen des Zarenreiches Sr. Excellenz, Herr Baron von Mengden als hier beglaubigter Gesandter in Staatsuniform eingefunden. — Nächsten Freitag wird aus Anlaß des Todestages Sr. Majestät Kaiser Alexander II. im Anschluß an die Fastenmesse eine Trauerfeier stattfinden.

— Auch in der zweiten Lesung der Steuerreform-Vorlage ist der Rath — mit einigen Abänderungen — zu dem neulich in erster Linie gefaßten, von uns bereits mitgetheilten Beschluß gekommen. Es wird die Vorlage nunmehr zu den Stadtverordneten gelangen. Gegenwärtig sind auch im Stadtsteueramte Erörterungen darüber im Gange, ob nicht die Einhebung der städtischen direkten Abgaben durch verpflichtete Steuererheber in Zukunft zu bewirken sei?

— Der konservative Verein veranstaltet zur Vorfeier des Geburtsfestes Sr. Maj. des deutschen Kaisers, Sonnabend den 21. März, einen solennen Festkommers im Saale der „Drei Raben". Die Festrede hat Herr Oberkonsistorialrath Dr. Zapff übernommen.

— Der 70. Geburtstag des Fürsten Bismarck, Mittwoch, den 1. April, wird durch einen großen Festkommers gefeiert werden, an welchem alle Patrioten theilnehmen und ihre Verehrung für den großen Staatsmann Deutschlands kundgeben können. In einer nächsten Donnerstag stattfindenden Versammlung angesehener Männer verschiedener politischer Parteistellung wird alles Nähere festgestellt werden.

— Auch die Studirenden der Dresdner technischen Hochschule gedenken den 70. Geburtstag und zugleich das Dienstjubiläum des Fürsten Bismarck nach studentischem Brauch durch einen solennen Kommers zu feiern, welcher, da das Jubiläum in die Mitte der Osterferien fällt (1. April) bereits nächsten Montag in Bach's Sälen stattfinden wird.

— Einem Rufe nach Göttingen Folge leistend, wird demnächst Herr Dr. phil. Voß, Professor der Mathematik am hiesigen Polytechnikum, seine Stellung an der Dresdner Hochschule aufgeben. Ihm zu Ehren veranstaltet das Professorenkollegium am Sonnabend ein Souper.

— Mit gestern wurde der höchste Elbwasserstand von 1,50 Meter über Null erreicht. Das Wasser fällt seitdem und mit ihm die Angst vor einer etwaigen Frühjahrs-Ueberschwemmung.

— Der 5. deutsche Geographentag findet in den Tagen vom 9.—11. April in Hamburg statt.

— Der Allg. Erziehungsverein hält heute gr. Brüdergasse 24 seine letzte Wintersammlung ab. „Herbart's Grundsätze bei Ertheilung des Unterrichts" ist das Thema des Vortrags, den diesmal Herr Lehrer Herm. Steinert übernommen hat.

Englischer Garten, Holl. Austern, Dtz. M. 2,50, neben der Börse.